

## Regierung beschließt Anreize zu längerer Arbeit

Finanzielle Boni für arbeitende Pensionistinnen

Wien – Es sei eine Zeit mit eklatantem Arbeitskräftemangel, sagte ÖVP-Klubchef August Wöginger am Dienstag. Deshalb würden in vielen Bereichen dringend Fachkräfte gesucht. Und: Leistung müsse sich lohnen, wiederholte der Klubobmann bei seiner Pressekonferenz mit ÖVP-Seniorenbund-Präsidentin Ingrid Korosec eine altbekannte Parole der Volkspartei.

Die türkis-grüne Bundesregierung hat sich darauf geeinigt, Anreize zu längeren Arbeiten für Personen im Regelpensionsalter zu schaffen. Wer in der Pension weiterarbeitet, soll künftig bis zu einer Zuverdienstgrenze von rund 1000 Euro keine Pensionsversicherungsbeiträge mehr zahlen.

Laut Wögingers Rechnung würden sich weiterarbeitende Pensionistinnen und Pensionisten damit im Lauf eines Jahres etwa 1200 Euro an Beiträgen ersparen. Die Neuerung soll zunächst auf zwei Jahre beschränkt und 2025 evaluiert werden. Auf diese Maßnahme habe man sich mit dem grünen Koalitionspartner geeinigt.

Außerdem soll der finanzielle Bonus für alle, die trotz Erreichens des gesetzlichen Pensionsalters weiterarbeiten, von 4,2 auf 5,1 Prozent jährlich steigen. Per Gesetz verankern will die Regierung zudem, dass angehende Pensionistinnen und Pensionisten darüber besser informiert werden.

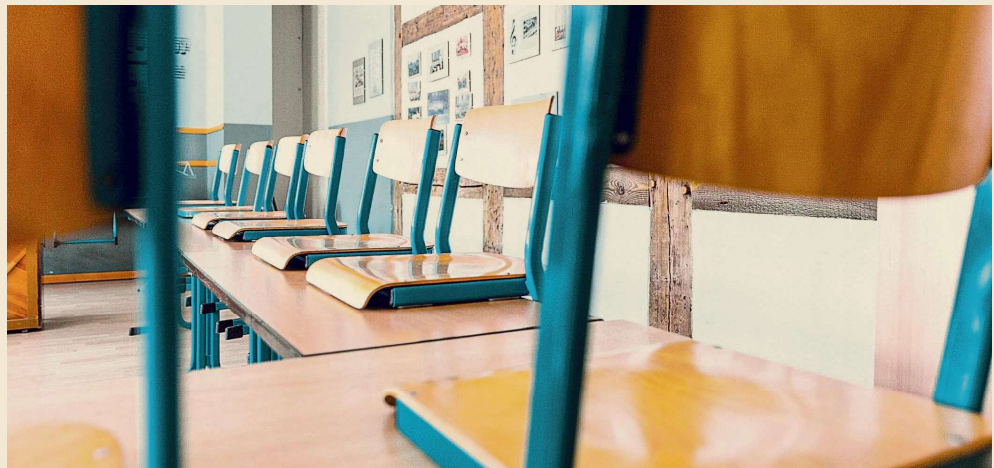
### „Win-win-Situation“

Um Vollzeitarbeit generell zu fördern, soll es künftig auch einen Rechtsanspruch für Teilzeitbeschäftigte geben: Sind in einem Unternehmen Vollzeitstellen ausgeschrieben, müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer frühzeitig darüber informiert werden.

Wenn die Bewerbung auf eine Vollzeitstelle scheitert, weil Beschäftigte von der Ausschreibung nichts wussten, haben diese Anspruch auf Schadenersatz von 100 Euro. Laut Wöginger sollen die Initiativanträge zu den Gesetzesänderungen im November in der Nationalrat eingebracht und idealerweise noch heuer beschlossen werden.

„Es ist ein guter Tag für Pensionistinnen und Pensionisten“, sagte Korosec. Das Fallen der Pensionsversicherungsbeiträge sei eine „Win-win-Situation“. Sowohl die Beschäftigten als auch die Wirtschaft, die dringend Arbeitskräfte benötige, würden davon profitieren.

„Viele Pensionisten wollen noch arbeiten“, sagte Korosec, „aber nicht unbedingt Vollzeit.“ Sie könnten aber Teil eines „Expertenpools“ aus Leuten werden, die ihr ganzes Leben gearbeitet hätten und daher einschlägige fachliche Erfahrung mitbringen würden. (tschi)



In einer Schule in Wien-Floridsdorf riefen Schüler von Anti-Israel-Demos bekannte Slogans wie „From the river to the sea“.

# Israelfeindliche Rufe im Schulgebäude

Direktor Christian Klar ortet an seiner Brennpunktschule in Wien-Floridsdorf eine „klar judenfeindliche Haltung“. Securitypersonal an Schulen hält er für eine gute Idee. Die Bildungsdirektion ist dagegen.

David Krutzler

Es ist nicht das erste Mal, dass der Wiener Schuldirektor Christian Klar vor Radikalisierung und Mobbing im Namen des Islam im Klassenzimmer warnt. Mit dem Krieg in Nahost würden verschiedene Entwicklungen wieder verstärkt zutage treten. Klar leitet eine Brennpunktschule in Floridsdorf und ist auch politisch tätig: als Bildungssprecher der ÖVP im 21. Bezirk sowie als Bezirksvorsteher-Stellvertreter.

Klar berichtete davon, dass nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel eine „klar judenfeindliche und israelfeindliche Haltung in der Schule“ zutage getreten sei, wie er auf Ö1 sagte. Er habe das auch in einigen Klassen persönlich mit den Schülerinnen und Schülern besprochen. „Aber ich glaube nicht, dass ich bis ins Innere durchgekommen bin bei den Kindern.“ Zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler in der Neuen Mittelschule im 21. Bezirk seien muslimisch.

Klar erzählt im Gespräch mit dem STANDARD, dass bereits von antisraelischen Demonstrationen

bekannt Slogans wie „Free Palestine“ oder „From the river to the sea“ durch die Schulgänge gerufen worden seien. In zwei Klassen herrschte laut Klar eine derart angespannte und aggressive Stimmung, dass die Lehrkräfte den Direktor bei einer Diskussion zur Unterstützung holen mussten. Der Tenor bei problematischen Schülerinnen und Schülern sei eindeutig: „Israel ist böse, Hamas ist gut“, sagt Klar. „Und wenn wir näher nachfragen, heißt es: Das haben wir so bei TikTok gelernt.“

### Druck auf Mitschüler

Klar hatte dem STANDARD bereits im Jahr 2015 von Beobachtungen an seiner Schule berichtet, wonach sich teilweise islamistisches Gehabe breitgemacht habe. 2018 sagte er in einem Interview: „Gewaltausbrüche gehören zum Alltag.“ Klar nannte auch das Phänomen von Religionswächtern, die Druck auf Mitschüler ausüben würden. Am Dienstag sagte er zu den neuen Entwicklungen rund um den Krieg in Nahost, dass man nun an

seiner Schule „mehr als nur die Spitze des Eisbergs“ sehe.

Erst vor wenigen Wochen habe es mit einer Mutter einen Konflikt gegeben, erzählt Klar. Die Tochter sei mit dem islamischen Kleidungsstück Abaja und einem Kopftuch, das Teile des Gesichts verdeckte, in der Schule aufgetaucht. „Ich habe auf das Vermummungsverbot verwiesen und darauf, dass das gesamte Gesicht frei bleiben muss“, sagte Klar. „Die Mutter war fuchsteufelswild.“ Um Situationen wie diese zu vermeiden, würde Klar ein Abaja-Verbot in der Schule präferieren.

Der Direktor unterstützt auch den vom Lehrgewerkschafter Thomas Krebs geäußerten Vorschlag von externen Schul-Security-Kräften. Das würde Lehrkräfte entlasten.

Aus der Bildungsdirektion gibt es dazu ein klares Nein. „Wir halten den Vorschlag nicht für zielführend“, heißt es auf Anfrage. Es sei unklar, welche Aufgabe diese Security-Kräfte haben sollten und welche Handlungsmöglichkeiten sie hätten. Stattdessen wird auf Ange-

bote verwiesen, die Schulen bei Themen wie Extremismusprävention, Radikalisierung und Antisemitismus unterstützen würden. Projekte wie „Lirkat“ der Israelitischen Kultusgemeinde sowie Schulbesuche von Rabbiner Schlomo Hofmeister und Imam Ramazan Demir würden verstärkt werden.

### Gipfel zum Thema Gewalt

Die Bildungsdirektion erstellt aktuell zudem mit Expertinnen und Experten ein konkretes Unterrichtsmaterial für alle Altersstufen zum Nahostkonflikt. Am 7. Dezember findet in der Bildungsdirektion der fünfte runde Tisch zum Thema Gewalt an Schulen statt.

Auch das Bildungsministerium verweist auf bestehende Workshops gegen Extremismus. Zudem sollen bald „Präventionsbeamte“ der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) in die Schulklassen kommen und das Rechtsbewusstsein der jungen Menschen bei Themen wie Verbots- und Symbole-gesetz, Menschenrechte oder Demokratie stärken.

## Hass gegen Juden und Muslime

Es gibt mehr Anfeindungen und Rassismus, seit die Hamas Israel überfallen hat

Wien – Der Nahostkonflikt führt auch in Österreich zu Hass und Diskriminierung. Die Dokumentationsstelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus meldet einen massiven Anstieg von antimuslimischem Rassismus, seit die Hamas am 7. Oktober Israel überfallen hat. So nahm die Dokumentationsstelle seit Oktober mehr Fälle auf als insgesamt von Jänner bis September dieses Jahres.

„Besonders häufig ereignen sich Angriffe auf sichtbare Musliminnen, zum Beispiel indem sie aufgefordert werden, dorthin zurückzukehren, wo sie hergekommen seien“, heißt es in einer Stellungnahme der Dokustelle.

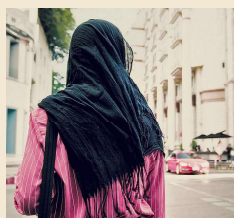
### Wohnhäuser beschmiert

Die Stelle berichtet, dass Wohnanlagen und muslimische Einrichtungen beschmiert worden seien, unter anderem mit dem Aufruf, Musliminnen und Muslime zu ermorden. Lehrer hätten explizit muslimische Schüler dazu aufgefordert, sich von der Hamas zu distanzieren. Auf Social Media würden Muslime

mit Gewaltbereitschaft und Terrorismus gleichgesetzt. Außerdem würden auf Facebook und anderen sozialen Medien Muslime allein für den Antisemitismus in Österreich verantwortlich gemacht.

### Kritik an Politik

Die Dokustelle kritisiert, Politiker würden generalisierende Aussagen über Muslime machen. In den Medien würden Generalverdächtigungen gegenüber Musliminnen und Muslimen normalisiert.



Muslimische Frauen mit Kopftuch sind öfter Ziel von Attacken.

Foto: Getty Images

Die Dokustelle appelliert an alle, gesellschaftlicher Spaltung und jeder Form von Diskriminierung entgegenzuwirken. Ganz besonders spricht sie Personen an, die sich gegen Diskriminierung und für Menschenrechte einsetzen.

Bei der Dokustelle können Betroffene und Zeugen antimuslimischen Rassismus melden. Die Fälle werden nicht an die Polizei weitergeleitet. Außerdem bietet die Stelle rechtliche psychosoziale Beratung an. Die Arbeit wird von ehrenamtlichem Engagement und Fördermitteln getragen. Letztere kommen unter anderem von der Stadt Wien und der Europäischen Union.

### Regierung im Gespräch

Im Zuge des Nahostkonfliktes ist es in den vergangenen Wochen auch zu zahlreichen antisemitischen Übergriffen gekommen. So kam es unter anderem zu einem Brandanschlag auf die Zeremonienhalle im jüdischen Teil des Wiener Zentralfriedhofs.

Die Regierung hat am vergangenen Montag mit Vertretern der an-

erkannten Glaubensgemeinschaften in Österreich über die Auswirkungen des Nahostkonfliktes gesprochen. Die Vertreter der Religionsgemeinschaften betonten, dass Religion immer etwas Verbindendes und nichts Spaltendes sei und besonders nicht für Hetze und Gewaltaufrufe missbraucht werden dürfe. Sie waren sich einig, dass gewalttätige Konflikte nicht auf Österreichs Straßen ausgetragen werden dürften. Die Regierung betonte die Wichtigkeit eines solchen Dialogs. Dieser solle auch in Zukunft gelebt werden, da er für einen friedvollen Zusammenhalt in der Gesellschaft essenziell sei.

Angesichts der verschärften Lage vereinbarte die Israelitische Kultusgemeinde mit dem Innenministerium „weitere sichtbare wie nicht sichtbare Maßnahmen“ zum Schutz, wie dieses in einer Aussendung bekanntgab. Zudem sollen verstärkt technische Hilfsmittel zum Schutz jüdischer Einrichtungen und neuralgischer Orte des jüdischen Lebens eingesetzt werden, heißt es. (miwu)

**EURO DREAMS**

ZIEHUNG VOM  
MONTAG, 06.11.2023

(10) (13) (14) (25) (30) (35) (5)

30 Jahre  
2 x 6+TZ à € 20.000,00  
im Monat

5 Jahre  
2 x 6+0 à € 2.000,00  
im Monat

398 x 5+0/1 à € 107,50  
16.357 x 4+0/1 à € 42,00  
240.384 x 3+0/1 à € 5,30  
1.418.445 x 2+0/1 à € 2,50

Alle Angaben ohne Gewähr.

Ein Spiel der LOTTERIEN